

# Prostfrei



## Podiumsdiskussion mit den Kandidaten zur bayrischen Landtagswahl

Florian Ritter, SPD  
Gabriele Neff, FDP  
Ates Gürpınar, die Linke  
Gülseren Demirel, die Grünen  
Karl-Heinz Wittmann, Freie Wähler  
CSU angefragt

**Mittwoch: 22. August 2018, 14:00 Uhr**  
Großer Saal im DGB-Haus, Schwanthalerstr. 64

**Aktion zur Landtagswahl gemeinsam mit der ver.di Jugend**  
**Samstag: 11.08.2018, 13:00 – 17:00 Uhr**

Kaflerstraße 2, Pasinger Bhf.



## s'Kreuz mit unsam Herrn Ministerpräsidenten Söder!

I wui jetzt ned a no über die erste Glanztat von unsam neia Ministerpräsidenten umananda rai-soniern, do is scho des meiste g'schriebn und g'sagt worn. Ärgern tuats mi trotzdem, weil s'es einfach ned g'hört, a allen bekanntes christliches Symbol, wo's unter vernünftige Leid koane Auslegungsfragen gibt, so als Wahlkampfesymbol zu mißbraucha. Des hod ja sogar dem Kardinal Marx ganz schee gschtunga. Wie mia geschichtlich und kulturell geprägt san, wiß ma scho soiba.

I hob mir a scho de Frag g'stellt, ob de Bescheide und Entscheidung von bayrische Behördn de no koa Kreuz deutlich sichtbar im Vorraum aufg'hängt ham, ungültig oder nur unter Vorbehalt gelt'n. Spaß beiseite, für vui g'fährlicher hoit i, dass ma diesen Kreuzerlaß im Zusammenhang mit dera ganzen Asyl- und Flüchtlingspolitik sehng muaß. Durch des ganze Packl ko ma direkt am Söder sei Angst vor dem Wahlergebnis von de Landtagswah-len und vom drohenden Machtverlust g'spürn. Wenn ma de Bundespolitik a mid dazuabetracht, schrecka de ja vor gor nix mehr z'ruck. De Kanzlerin woin's in jedem Foi loswerdn. Europa und de Menschn in Not san eana sowieso wurscht. Da bayrische Schwanz wedelt oiso mit'm Hund. Aba zruck nach Bayern. Verhalten und Auftreten von vui von de bayrischen CSU-Politika, daschreckt mi deshoib scho g'scheit.

I glaub ned, dass mia bayrischen Bürger a soiche Politik bzw. Nichtpolitik verdient ham. I moan scho, dass a, wenn in Bayern vui recht guad lafft, für uns da Anspruch besteht, dass ma se wieda um de wirklich wichtig'n Sachan kümmert. Z.B. bezahlbare Wohnunga zum schaffa, ist ned nur Sache von de Städte und Gemeinden. De groß propagierte Gründung von a staatlichen bayrischen Wohnungsbaugesellschaft is da angesichts von de Zuaständ auf Wohnungsmarkt, ned amoi a Tropfa auf am hoas'n Stoa. De Aufgab steht ja sogar in da bayrischn Verfassung. Außerdem häd ma se des sparn kenna, wenn ma, allen voran da damalige Finanzminister Söder, de GBW-Wohnungen samt de Mieta, ned meistbietend ver-scherbelt häd. Bei de versproche-

nen Personalmehrungen bei de Lehrer, Polizisten usw. muß ma a erst amoi schaug'n, wos ois „Netto“ an Planstelln dann tatsächlich üba bleibt.

Wenn's ned so traurig waar, dann miaßat ma lacha, weil ma jetzt de personellen Löcha überall wieda stopfa muaß, de ma mit Blick auf die „Heilige Schwarze Null“ vorher selba g'schaufet hod. No a Schmankerl zum Schluß. Während unse-re österreichischen Freunde scho mit'm Ausbau vom Zulauf zum Brennerbasistunnel fast fertig san, ham mia in Bayern scheinbar ned amoi den Startschuß g'hört. Mia wissen zwar scho mindes-tens 10 Jahr lang, dass do Handlungsbedarf is; Umsetzung bisher Fehlanzeige.

Übrigens, wer scho amoi versucht had, auf a enga Landstrass mit alla Gwoid den scharf rechts fahrenden „Vorausfahrer“ durch'd Wiesn a no rechts zum überhoin, woäß wia des nausgeht. Hoffentlich braucht a dann koan Notarzt oder Rettungsdienst; soi in Bayern ja a nimma so perfekt funktionieren.

Aba jetztad hör i auf, weil des duad ma g'sundheitlich überhaupt ned guad und i wui ned riskiern, das i vielleicht sogar ins Krankenhaus muaß. Weil wias do bei dem Pflegepersonal- und a Ärztemangel zugeht, hod se inzwischen weitgehend rumg'sprocha.

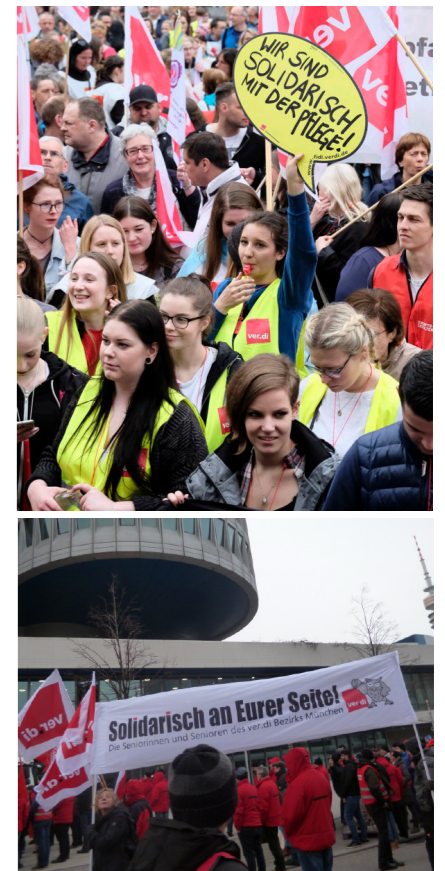
Euer dahoam kreuzloser, nicht politikverdrossener, aber grantiger

Hieronimus Türriegl  
ehem. Backposdler in Aschheim



## Situation in den Krankenhäusern – Pflegepersonalstärkungsgesetz

Die vielen Aktionen, Proteste und Streiks zeigen erste Erfolge. Im neuen Referentenentwurf eines „Pflegepersonalstärkungsgesetzes“ der Groko sollen zukünftige und zusätzliche Pflegestellen unabhängig von der Fallpauschale finanziert werden. Zum Hintergrund: Seit der Einführung der Fallpauschale ist der Druck auf die Krankenhäuser noch mehr angestiegen. Damit sollte das Gesundheitssystem transparenter werden, wurde es aber nicht. Stattdessen behandeln Privatkliniken nur noch die lukrativen Behandlungsfälle und weniger gewinnversprechende Patienten werden gar nicht erst aufgenommen. Gleichzeitig wird das Personal schlecht bezahlt. In Krankenhäusern werden alle Fälle behandelt, auch die für die es weniger Geld gibt. Das führt dazu, dass sich die Liegezeiten verkürzen und die Fallzahlen erhöhen, also mehr Operationen durchgeführt werden. Für die Angestellten bedeutet das immer mehr Arbeit mit weniger Personal. Krankenhäuser sind chronisch unterbesetzt. ver.di begrüßt die ersten kleinen Schritte in die richtige Richtung, weil der bisherige ökonomische Anreiz Personal zu sparen entfallen würde. Ungeklärt ist jedoch eine Regelung zu einer bedarfsgerechten Personalbemessung und auch eine ausreichende Finanzierung. Klar ist, wir dürfen jetzt nicht nachlassen. Wir brauchen einen gesetzlich vorgeschriebenen Personalschlüssel und die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen in der Pflege.



### ver.di Senioren solidarisch im Streik

Wie jedes Jahr waren die Senioren aktiv an der Seite der Streikenden. Im Bild oben beim IG-Metallstreik bei BMW. Mit dabei waren sie auch beim Streik im öffentlichen Dienst. Begeistert waren die Senioren nicht nur von den Ergebnissen der Tarifverhandlungen, sondern insbesondere von unserer ver.di Jugend. (Links im Bild) Mit dieser Jugend kann man doch positiv in die Zukunft blicken, meinte ein Senior nach der Kundgebung.

### „Wir sind hier, wir sind laut, weil man uns die Freiheit klaut“

skandierte die Jugend auf der NoPAG Demonstration am 10. Mai 2018. Unsere ver.di Senioren schlossen sich der Demonstration gegen das von der CSU in den Landtag eingebrachte Polizeiaufgabengesetz an. 40.000 Demonstranten gingen in München gegen die Verabschiedung des neuen Gesetzes auf die Straße. Es erlaubt die Überwachung und präventive Inhaftierung jedes Einzelnen, wenn die Polizei den Verdacht äußert die- oder derjenige könnte eine Straftat begehen. Eine Inhaftierung ist nach diesem Gesetz bei einer „drohenden Gefahr“ unbegrenzt möglich. Ebenso können bei einer „drohenden Gefahr“ ohne richterlichen Beschluss Telefone abgehört oder Briefe geöffnet werden. Viele Kritiker sehen darin einen Verfassungsbruch. Heribert Prantl, Leiter des Meinungsressorts der SZ „Das neue Polizeiaufgabengesetz ist das schärfste, umfassendste, grundrechtverfressende Polizeigesetz der bundesdeutschen Nachkriegsgeschichte“. Trotz großer Proteste wurde das Gesetz verabschiedet. Bei dem Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz (PsychKHG), einem weiteren Gesetzesentwurf der CSU, welches ebenso Teil der Proteste war, gab es wegen der Proteste Nachbesserungen. Im neuen Entwurf wird eine klare Trennung zum Maßregelvollzug für psychisch kranke Straftäter erfolgen. Im ursprünglichen Entwurf hätten depressive Menschen künftig ohne Straftat in Krankenhäusern festgesetzt werden können.

**Meinungsseite****Bernd Schröder****Aktuelle Termine in 2018:**

Veranstaltungen im Gewerkschaftshaus, Schwanthalerstr.64, 80336 München, Großer Saal:

**22. August 2018, 14:00 Uhr**

Podiumsdiskussion zur Landtagswahl, mit den Kandidaten zur Landtagswahl von SPD, Grünen, die Linke, FDP und der CSU.

**31. August 2018, 18:30 Uhr**

„Frieden mit Afghanistan?“  
Veranstaltung am Antikriegstag

**Monatliche Treffpunkte:****Gewerkschafts- und kulturpolitischer Arbeitskreis Heinz Huber:**

Jeden 1. Dienstag im Monat,  
10:00 Uhr im DGB Haus, Raum Kurt Eisner

**04. September 2018**

„Geheimdienste eine Gefahr für die Demokratie“, Geschichte, Kritik und Skandale

Ref.: Wolfgang Stöger, Humanistische Union

**2. Oktober 2018**

„Die Lage der Beschäftigten im Organisationsbereich der NGG“  
Probleme, Chancen und Erfolge

Ref.: Sebastian Wiedemann,  
Gewerkschaftssekretär NGG

**06. November 2018**

„Sonja Lerch – die vergessene Heldin der Novemberrevolution“

Ref.: Cornelia Naumann, u.a. Autorin von „Der Abend kommt so schnell“

**4. Dezember 2018**

Jahresabschlusstreffen der Aktiven im Arbeitskreis

Über Veranstaltungen informieren wir über die Münchenseite in der ver.di Publik und im Internet unter [www.muenchen.verdi.de](http://www.muenchen.verdi.de)

**ver.di Bezirk München:**

Zentrale: 089 / 5 99 77 - 0

In unserem reichen Land herrschen verfassungswidrige Zustände und nichts ändert sich – oder doch? Wir Wählerinnen und Wähler können bei der Landtagswahl am 14. Oktober dafür sorgen, dass sich etwas ändert und elementaren Forderungen der Bayerischen Verfassung Geltung verschafft wird!!

Altersarmut, Pflegenotstand oder unbezahlbare Wohnungen sind eindeutig verfassungswidrig.

Der Verfassungsartikel 100 besagt: Die Würde der menschlichen Persönlichkeit ist in Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege zu achten.

Altersarmut und Pflegenotstand verletzen jedoch eklatant die Würde der davon betroffenen Menschen.

Die Verfassung legt auch fest, dass Staat und Gemeinden für bezahlbare Wohnungen Sorge zu tragen haben, denn es heißt in Artikel 106: Jeder Bewohner Bayerns hat Anspruch auf eine angemessene Wohnung und weiter: Die Förderung des Baues billiger Volkswohnungen ist Aufgabe des Staates und der Gemeinden.

Dass unsere Verfassung tagtäglich massiv missachtet wird, macht auch Artikel 161 zu Grund und Boden deutlich: Die Verteilung und Nutzung des Bodens wird von Staats wegen überwacht. Missbräuche sind abzustellen, Steigerungen des Bodenwertes, die ohne besonderen Arbeits- oder Kapitalaufwand des Eigentümers entstehen, sind für die Allgemeinheit nutzbar zu machen.

Und wie sieht die Realität aus?

Nicht der Staat, sondern Immobilienbesitzer und Investoren bestimmen das Geschehen am sogenannten Wohnungsmarkt, auf dem die Gesetze eines funktionierenden Marktes längst außer Kraft gesetzt sind. Und was tun verantwortliche Politiker? 2012 hat der damalige Finanzminister Söder zu Unrecht behauptet, dass der Freistaat Bayern die 33000 GBW-Wohnungen der angeschlagenen staatseigenen Landesbank nicht übernehmen dürfe, weil die EU das verbieten würde.

„Missbräuche“ nach Artikel 161 der Verfassung liegen massenhaft vor. Abgestellt, wie es die Verfassung fordert, werden sie nicht – und das ist eines der vielen Beispiele für die Ursachen der verbreiteten gefährlichen Politikverdrossenheit und des wachsenden Zuspruchs für nationalistische Töne.

Ein Herr Seehofer war ja schnell bei der Hand, als er der Bundeskanzlerin wegen ihrer christlich menschlichen Haltung im Herbst 2015 angesichts der Flüchtlingsnot eine „Herrschaft des Unrechts“ vorwarf. Hier hätte er ein geeigneteres Politikfeld zu beackern, wo die Herrschaft himmelschreienden Unrechts in Gestalt von zum Teil dramatischer Wohnungsnot für viele Menschen an der Tagesordnung ist. (Im Übrigen: die angeblich unrechtmäßige Grenzöffnung im Herbst 2015 konnte schon deshalb nicht unrechtmäßig sein, weil die Grenzen offen waren; man hätte sie also, wenn es nach der CSU gegangen wäre, schließen müssen! Das aber wäre in der Tat unrechtmäßig gewesen, weil die Grenzen im Schengen-Raum eben offen zu sein hatten.)

Durch ihre Stimmabgabe bei der Landtagswahl können die Wählerinnen und Wähler am 14. Oktober Einfluss darauf nehmen, dass die gewählten Volksvertreter unsere Verfassung in Zukunft beachten.